

Roy Karadag

Für eine historische Soziologie kapitalistischer Spielarten*

Keywords: Varieties of Capitalism, state, authority, despotic power, infra-structural power

Schlagwörter: Spielarten des Kapitalismus, Staat, Herrschaft, despotische Macht, infrastrukturelle Macht

Debatten zu den Wesensmerkmalen kapitalistischer Modernitäten sind aus sozialwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskursen nicht wegzudenken. Wo kommt der Kapitalismus her? Wo geht er hin? Was erklärt seine krisenhafte Dynamik? Ist er einhegbar, und wenn ja, wie, und mit welchen Konsequenzen? Diese und andere Fragen zur „schicksalsvollsten Macht unsres modernen Lebens“ (Weber 1904 [1988]: 4) werden auch den aktuellen Krisenzyklus und die kollektiven Erfahrungen mit ihm überleben. Dieser Aufsatz ist ein Beitrag zu *einer* spezifischen Frage, die in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt behandelt wurde: Wie viele Ausprägungen des Kapitalismus gibt es in der Welt? Zu dieser Grundfrage kam 2001 mit Peter Halls und David Soskices „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz (*Varieties of Capitalism*, VoC) ein Ansatz auf, der sich mit seiner firmenzentrierten Gegenüberstellung von Marktökonomien in der Vergleichenden Politischen Ökonomie durchsetzte und zum prädominanten Bezugspunkt für spätere Konzeptualisierungen wurde.

Dieser Beitrag schlägt eine alternative Typologie kapitalistischer Ordnungen vor, die über den geographischen Rahmen von VoC hinausgeht und bedeutende Unterschiede staatlicher Herrschaftsstrukturen und -dynamiken berücksichtigt. Der Ausgangspunkt ist die aus der Wirtschaftssoziologie stammende Annahme der politischen Einbettung ökonomischen Handelns. Diese kennzeichnet, wie Sharon Zukin und Paul DiMaggio es ausdrücken, „die Art und Weise, in der ökonomische Institutionen und Entscheidungen

* Ich bedanke mich bei den TeilnehmerInnen der Konferenz „Comparison, Analysis, Critique: Critical Perspectives on the Diversity of Capitalism(s)“ für hilfreiche Kritiken und Anregungen zur ursprünglichen Version dieses Aufsatzes. Besonderer Dank gilt Christian May, Matthias Ebenau und Reinhart Köbler sowie Benjamin Werner und Alex Veit.

durch den Wettstreit um Macht beeinflusst werden, der ökonomische Akteure und nicht-ökonomische Institutionen umfasst, insbesondere den Staat und soziale Klassen“ (Zukin & DiMaggio 1990: 20; Übersetzung des Autors). Diese Perspektive geht weit darüber hinaus, wie politische Faktoren in institutionalistischen Ansätzen und Debatten der letzten Jahrzehnte behandelt wurden. Dabei wurden solche Faktoren entweder, neoklassisch gesprochen, als externe Einflüsse auf sonst reibungslos arbeitende Marktmechanismen betrachtet. Oder aber politischen Institutionen wurden Wirkungskräfte zugesprochen, ohne allerdings die Herrschafts- und Konfliktkonstellationen zu berücksichtigen, in denen sie selbst entstanden sind. Stattdessen unterstreicht die hier vorgestellte Sichtweise den Umstand, dass kapitalistische Prozesse immer auch den Herrschaftskontext widerspiegeln, in dem sie stattfinden. Der Staat, die andere schicksalsvolle Macht der Moderne, hat einen Einfluss darauf, welche Gestalt der Kapitalismus annimmt.

Im Gegensatz zur VoC-Typologie unterteile ich kapitalistische Ordnungen in vier Subtypen (liberal, oligarchisch, Staats-, patrimonial), die im Folgenden näher veranschaulicht werden. Zu betonen ist die hier verfolgte Herrschaftszentrierung, mit der divergierende makropolitische Strukturen erfasst werden, welche die Natur von Staaten bestimmen und die in ökonomischen und politischen Alltagspraktiken reproduziert werden (Berger & Luckmann 1967). Ebenso ist hervorzuheben, dass mit der Einteilung in kapitalistische Subtypen keine essentialistischen Annahmen verbunden sind. Die identifizierten Unterschiede sind weder kulturell bedingt, noch lassen sich die verschiedenen (Un-)Ordnungsdilemmata auf traditionelle Wertesysteme oder misslungene Modernisierungsprozesse zurückführen. Schließlich ist diese Typologisierung auch nicht teleologisch zu interpretieren: der liberale Kapitalismus ist nicht der Endpunkt gesellschaftlicher Prozesse.

Dennoch gibt es systemische Unterschiede zwischen den Subtypen, und diese sind hauptsächlich das Ergebnis divergierender Staatsbildungsprozesse, die Unterschiede bezüglich der Wirkmächtigkeit und Alltagsqualität des Staates und seiner formellen Regeln produzieren. Die variable Wahrnehmung der allgemeinen Gültigkeit formeller Regeln und Institutionen wirkt sich unmittelbar im ökonomischen und politischen Alltag aus. *Diese* Varianz soll hier im Rahmen einer herrschaftssoziologischen Typologie abgebildet werden. Damit richtet sie sich gegen die Expansion des VoC-Paradigmas in Weltregionen, für welche der Analyserahmen zunächst nicht gedacht war. Das Problem dieser Expansion liegt hauptsächlich darin, dass aufgrund der spezifischen firmenorientierten Ausrichtung eine verkürzte Einbeziehung des Politischen stattfindet (vgl. Ebenau 2013). Dies mag nur ein kleines Problem darstellen, wenn man kapitalistische Demokratien mit ähnlichen

Staatsstrukturen vergleicht. Weitet man den Analyseanspruch jedoch auf andere Herrschaftskontexte aus, übersieht man genau jene qualitativen Unterschiede, die für das Ökonomische konstitutiv sind.

Dazu stelle ich im Folgenden kurz die Hauptannahmen von Hall und Soskice (2001) sowie Versuche der Ausweitung dieses Analyserahmens dar. Danach stelle ich eine rivalisierende Typologisierung kapitalistischer Ordnungen vor, die verschiedene Staatsstrukturen unterstellt und anhand der staatstheoretischen Beiträge von Joel Migdal und Michael Mann theoretisch hergeleitet wird.

Varieties of Capitalism: Annahmen und neue Anwendungen

Die Hauptaussagen des VoC-Ansatzes lassen sich, stark verkürzt, wie folgt zusammenfassen: Die Divergenz kapitalistischer Ökonomien lässt sich auf den jeweiligen, national bestimmten Umgang mit für Firmen – die als zentrale Akteure angesehen werden – bedeutenden Koordinationsproblemen zurückführen, und zwar in den Feldern industrielle Beziehungen, Bildung und berufliche Ausbildung, Unternehmensführung (*corporate governance*), Beziehungen zwischen Firmen und Beziehungen zwischen Managern und Arbeiterschaft. Die Tatsache, dass die Wettbewerbsschübe im globalen Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte eben keine Konvergenz nationaler politischer Ökonomien hin zu einem Modell bewirkten, wird mit den institutionellen Komplementaritäten zwischen Koordinationsproblemlösungen der genannten Sphären begründet, die sich in pfadabhängiger Manier als überaus resilient herausstellten. Dazu konzeptualisieren die Autoren zwei Idealtypen, die liberale Marktökonomie (*liberal market economy*, LME) und die koordinierte Marktökonomie (*coordinated market economy*, CME), die durch den Markt bzw. Koordination/Organisation als *Governance*-Modi determiniert werden (siehe auch Nölke 2013).

Innerhalb der OECD-basierten vergleichenden Kapitalismusforschung wurde in den letzten zehn Jahren vielfältig Kritik an diesem Ansatz geäußert. Dies betrifft, um nur einige Aspekte zu nennen, die funktionale Ausrichtung von VoC, seine stabilitätsorientierte Auffassung von Pfadabhängigkeit, die Ausblendung transnationaler Verflechtungen und Prozesse, die Anzahl wahrgenommener Subtypen, die Missachtung der revolutionären Dynamik des Kapitalismus, die fehlende Wahrnehmung von Konflikten als Motoren institutionellen Wandels sowie die Nichtbeachtung politischer Faktoren und des Staates.¹

1 Vgl. u.a. Streeck & Thelen 2005; Streeck 2010; Hancké u.a. 2007b; Jackson & Deeg 2007; Mahoney & Thelen 2010.

Diese OECD-internen Debatten wurden schließlich um eine weitere Dimension erweitert, und zwar bezüglich der Frage, ob die Ausblendung der meisten Weltregionen die Aussagefähigkeit der LME-CME-Typologie nicht per se schmälert. Damit wurde die geographische Expansion von VoC eingeleitet, die angesichts der OECD-Zentrierung durchaus begrüßenswert ist. Allerdings schafft die Art und Weise, in der diese in den letzten Jahren erfolgte, neue Probleme, wie im Folgenden kurz dargestellt wird.

Bislang gibt es zwei Wege der Ausweitung des VoC-Ansatzes: entweder wird versucht, neue Fälle entlang der LME-CME-Typologie zu verorten, oder es werden weitere Subtypen des Kapitalismus ausgearbeitet, um unter Berücksichtigung abweichender institutioneller Komplementaritäten die Realität ökonomischer Prozesse in anderen Weltregionen angemessener als zuvor abbilden zu können.

Exemplarisch für die erste Vorgehensweise in postsozialistischen Kontexten seien Magnus Feldmann (2007) und Michael Witt (2010) genannt. So kommt Feldmann in seiner vergleichenden Untersuchung der Transitionen Estlands und Sloweniens zu dem Schluss, dass aufgrund verschiedener Privatisierungsprozesse Estland dem LME- und Slowenien dem CME-Typus zuzuordnen sind (kritisch hierzu Bohle & Greskovits 2009: 379). Witt nutzt den Analyserahmen ebenso, um sich dem besonderen Fall Chinas zu widmen, und gelangt zum Ergebnis, dass Chinas Ökonomie bis auf eine Dimension (Finanzsystem) dem LME-Typus entspricht. Witt hat allerdings mehr Probleme bei der Verortung als Feldmann, und das liegt ganz offensichtlich daran, dass er mehr strukturelle Unterschiede zu den VoC-Typen wahrnimmt. Schließlich stellt er die Frage, ob nicht die für China bedeutende Dimension des Sozialkapitals in die Analyse mit aufgenommen werden müsste, damit der Ansatz seine Relevanz auch jenseits des Westens behalten könne (Witt 2010: 13). Allein an diesen beiden Beispielen zeigt sich also, dass VoC-Konzepte nicht weit reisen können, ohne Erklärungskraft zu verlieren. Estland und Slowenien stellen kaum Probleme dar, China allerdings schon, auch wenn dies Witt nicht dazu bringt, den VoC-Rahmen gänzlich zu verwerfen, wie das beispielsweise Tobias ten Brink (2010) tut, der China als marktliberalen Staatskapitalismus darstellt.

Dieses Typologisierungproblem wurde in den letzten Jahren durchaus anerkannt, so dass nun die Ausweitung der VoC-Subtypen selbst ins Spiel gebracht wurde, um der offensichtlichen Differenz von Marktökonomien gerecht zu werden. Somit wurden neue Typen entwickelt, die über erste Versuche der Konzeptionalisierung von *mixed market economies* (Hancké u.a. 2007b) hinausgehen: *dependent market economies* (DME, Nölke & Vliegthart 2009) und *hierarchical market economies* (HME,

Schneider 2009). So identifizieren Andreas Nölke und Arjan Vliegthart ein Merkmal, das Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn teilen und welches die Quelle neuer Komplementaritäten ist: ihre externe Abhängigkeit (Nölke & Vliegthart 2009: 672). Ähnlich wie bei Feldmann kommt in diesem Ansatz kaum ein Problem auf, zumal die ausgewählten Fälle relativ reibungslose demokratische Transitionen durchlaufen haben. Das gestehen die Autoren am Ende auch indirekt zu und verweisen im Falle der ehemaligen Sowjetunion auf die Rolle von Informalität, *rent-seeking* und Patronagenetzwerken, für die man eine neue, *clanbasierte* Spielart entwerfen müsste (ebd.: 695-696). Damit ist die Gültigkeit von DMEs bereits sehr voraussetzungsvoll, was die Dimension politischer Herrschaft betrifft.

Bei Ben Ross Schneider (2009) sowie bei Ben Ross Schneider und Sebastian Karcher (2010) wird die Exklusion des Politischen noch offensichtlicher, zumal hier zum ersten Mal der VoC-Rahmen in diese Kontexte von Informalität und Patronage hinausgetragen wird. Als Ergebnis dominiert Hierarchie als umfassende *Governance*. Obwohl Schneider ausführlich die Bedeutung des Staates in den politischen Ökonomien Lateinamerikas hervorhebt (Schneider 2009: 570), kommt diese jedoch in den vier *core features* nicht mehr vor (diversifizierte Unternehmensgruppen, multinationale Firmen, atomistische Arbeitsbeziehungen, niedrige Bildungs- und Ausbildungsgrade). Damit wird das HME-Konzept jedoch allzu leicht anfällig für die Kritik von Matthias Ebenau (2012), der auf spezifisch politische Mechanismen von Wandel in Lateinamerika verweisen kann, deren Ursache in Klassenstrukturen und -konflikten liegt.²

Diese Versuche zeigen ein Dilemma auf, in dem der Ansatz von Hall und Soskice steckt. Einerseits müssten Herrschaft und Staat als zentrale Merkmale in die Analyse politischer Ökonomien einbezogen werden, damit VoC global zur Anwendung kommen könnte. Andererseits würde damit genau jene Eleganz und Kohärenz verloren gehen, die den Ansatz in seiner Abbildung politischer Ökonomien auszeichnet. VoC hat Grenzen und verliert jenseits der für den Ansatz vorgesehenen Region an Erklärungskraft, wie die Post-VoC-Ansätze, die kaum noch die analytische Sprache von Hall und Soskice verwenden, belegen. Zu dieser Tradition (vgl. Drahoukoupil & Myant 2013) zählt die Arbeit von Uwe Becker (2012), der neben Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zugleich die Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie als zentrale Merkmale untersucht. Unter Berücksichtigung dieser politischen Dimension stellt Becker fünf Typen vor (liberal, staatlich,

2 In Schneider & Soskice 2009 spielen politische Faktoren zwar durchaus eine Rolle, allerdings nur in Form von Wahl- und Parteisystemen, so dass die postkoloniale Natur lateinamerikanischer Staaten weiterhin außer Acht bleibt.

korporatistisch, meso-kommunitaristisch, patrimonial), um die BRIC-Staaten sowie die Türkei zu erfassen. Allerdings bleibt auch hier eine Lücke bestehen, denn zwei Kriterien fehlen der politischen Dimension in Beckers Analyse: Regimetyp und staatliche Fähigkeiten, die, wie im Folgenden weiter ausgeführt wird, erhebliche Folgen für die Ausprägungen des Kapitalismus haben.

Eine historische Soziologie kapitalistischer Spielarten

Im Gegensatz zu den vorgestellten Versuchen, neue kapitalistische Typologien zu entwerfen, steht hier ein konzeptioneller Rahmen im Zentrum, mit dem in historisch-soziologischer Tradition eine angemessenere Verknüpfung von Kapitalismus und politischer Herrschaft erfasst werden und global angewandt werden kann.

Kapitalismus: Seit jeher trennt der Versuch Kapitalismus zu definieren mehr, als er eint, und das wird voraussichtlich auch so bleiben. Verschiedene ontologische Annahmen (Kapitalismus als Praxis, als Beziehung, als Herrschaft, etc.) sowie verschieden fokussierte Hauptmerkmale (Dynamik, institutionelle Grundlagen, Mechanismen der Kommodifizierung und Akkumulation, Krisenanfälligkeit, etc.) teilen das akademische Feld auf. Daher soll als Minimaldefinition, die sowohl Marx'sche als auch Weber'sche Auffassungen beinhaltet, gelten: Der Kapitalismus ist eine Wirtschaftsordnung, die auf grenzenloser privater Akkumulation von Kapital beruht. In kapitalistischen Ordnungen dominieren marktbasierete, vertragsbestimmte Allokationen materieller Ressourcen, mit dem Umstand, dass Kapital kontinuierlich in den ökonomischen Prozess reinvestiert wird. Auch wenn Märkte per se keine Prärogativen des Kapitalismus sind und ihm präexistent waren, so wird der Markttausch im Kapitalismus zum bedeutendsten Allokationsmechanismus, der rivalisierende Formen aufgrund des ihm zugrunde liegenden Imperativs der Profitmaximierung in ihrer Bedeutung verdrängt. Zwei definitorische Merkmale müssen gegeben sein, um kapitalistische Ökonomien zu identifizieren, in denen sich diese Dynamik entfalten kann: freies Unternehmertum und formell freie Arbeit. Unternehmertum wird durch institutionelle Garantien von Eigentumsrechten und der freien Verfügbarkeit über Kapital ermöglicht, womit nicht nur eine rechtliche, sondern eine neue soziale Beziehung zwischen Kapitalinhabern und denen, die nicht über Produktionsmittel verfügen, konstituiert wird. Diese freie Verfügbarkeit wird allein durch die Aktivitäten rivalisierender Kapitalisten im ewigen Wettbewerb um neue Profitmaximierungsmöglichkeiten gemindert. Solche Konkurrenz findet in den Bereichen Produktion, Organisation und Innovation statt und transformiert den ökonomischen Prozess kontinuierlich. Diese

Dynamik treibt die Ökonomisierung und Kommodifizierung sämtlicher sozialer Bereiche voran. Damit verbunden ist die von Karl Marx und Max Weber gleichfalls erkannte widersprüchliche Natur von Arbeit. Formell gehen Arbeiter frei und ungezwungen ihre vertraglichen Verpflichtungen durch den Verkauf ihrer körperlichen und intellektuellen Arbeitskraft ein. De facto könnten sie aber nicht unfreier sein, zumal im Kapitalismus keine außerökonomischen Disziplinierungsmittel erforderlich sind, um sie in den Arbeitsmarkt zu zwingen.³

Unabhängig von der allseits strittigen Frage, welche sozialen, politischen, rechtlichen und technologischen Faktoren dieses Zusammenspiel aus freiem Unternehmertum und freier Arbeit hervorbrachten, muss eine typologische Analyse über diese Gemeinsamkeiten hinausgehen und aufzeigen können, warum kapitalistische Institutionen und Akkumulationsprozesse nicht überall auf der Welt gleiche Kontexte staatlicher Herrschaft generieren. Solch eine Varianz ist auf divergente Staatsbildungsprozesse zurückzuführen, im Rahmen derer die politische Regulierung und Konstituierung von Märkten überhaupt erst erfolgte. Wenn es institutionelle Grundlagen und Bedingungen für kapitalistisches Handeln gibt, so muss in der Analyse ein Schritt weiter gegangen werden, um die nicht-institutionellen Bedingungen der institutionellen Bedingungen des Kapitalismus zu berücksichtigen (Waldner 2004). Selbst wenn es einen kapitalistischen Weltmarkt als kollektive Struktur mit all den Folgen für ökonomische Abhängigkeiten und Interdependenzen gibt: Die Staaten der Welt und die Wirtschaftsordnungen, die in ihnen vorzufinden sind, bleiben in ihrer Verfasstheit durch historisch gewachsene Herrschafts- und Konfliktstrukturen geprägt. Jede soziale Transformation, jede kapitalistische Dynamik operiert dabei in verschiedenen Machtkonfigurationen und Handlungszusammenhängen. Materielle und Sinnstiftungskonflikte gehen mittelbar und unmittelbar auf die ersten Projekte der Staatsbildung, der Verstaatlichung und der Nationalisierung sozialer Räume zurück, zumal mit diesen Projekten auch die erste Generierung von neuen, nationalen Kapitalisten einhergeht, die diesen Raum bestimmen.

Eine historische Soziologie (des Politischen) muss also den Staat als Arena gesellschaftlicher Konflikte, die Interaktionen zwischen Staaten und den Regimen, die sie leiten, sowie das Ausmaß an Macht untersuchen, welches Staaten in ihren Alltagspraktiken auf beherrschte Bevölkerungen und auf ökonomische Akteure ausüben. Dies betrifft nicht allein Fragen der politischen Regulierung von Märkten und der wohlfahrtsstaatlichen Einbettung kapitalistischer Beziehungen, mit denen sich der Großteil der

3 Vgl. für grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Einheit und Vielfalt im Kapitalismus auch Köbller 2013.

an der OECD-Welt orientierten Vergleichenden Kapitalismusforschung beschäftigt (v.a. Esping-Andersen 1990). Darüber hinaus bedarf es der Berücksichtigung der divergierenden Qualität und wahrgenommenen Unparteilichkeit staatlicher Institutionen. Erst dann wird offensichtlich, dass in vielen Kontexten des globalen Südens Staateseliten und Kapitalisten aufgrund der kollektiven Erfahrung mit personalisierten Verwaltungsbehörden in Unordnungssituationen gefangen sind und dass politische und Alltagskorruption völlig andere Staat-Gesellschaft- und Staat-Unternehmer-Beziehungen generieren und reproduzieren (Rothstein 2005; Uslaner 2008). Wenn beispielsweise politische und bürokratische Eliten die Regeln, welche sie selbst schaffen, und die rational-bürokratischen Prinzipien eines Staates, den sie selbst vertreten, eigenhändig unterwandern, dann sind Firmen weitaus komplexeren Problemen ausgesetzt als den von Hall und Soskice elaborierten Koordinationsproblemen. Das bedeutet nicht, dass effektive Staatlichkeit nur im globalen Norden vorherrscht. Aber die Kombination aus hohen Graden an Staatlichkeit und demokratischen Institutionen bleibt bislang letzterem vorbehalten, während der Leviathan in weiten Teilen der Welt größtenteils autoritär ausgerichtet ist (Slater 2010). Aufgrund dieser Alltagsstaaterfahrungen hat sich auch eine starke Ernüchterung bezüglich Webers Definition des Staates als „diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ (Weber 1919 [1992]: 6) breit gemacht. Als Alternative konzeptionalisiert Joel Migdal den Staat stattdessen als „ein Machtfeld, charakterisiert durch den Gebrauch und die Androhung von Gewalt und bestehend aus, erstens, dem Bild einer kohärenten, kontrollierenden territorialen Organisation, welche die Bevölkerung ihres Gebiets repräsentiert, und, zweitens, den tatsächlichen Praktiken ihrer vielzähligen Teile“ (Migdal 2001: 25-26; Übersetzung des Autors). Während die Spannungen zwischen Bild und Praktiken überall vorherrschen, sind ihre dramatischen Folgen in post-imperialen Kontexten allzu offensichtlich geworden.

Der historische Ursprung für diese systemischen Unterschiede liegt in den kolonialen und imperialen Erfahrungen nicht-europäischer Länder. Die nachteilige und mit Zwang realisierte Einbindung in den Weltmarkt des 19. Jahrhunderts, die militärische und ökonomische Zerstörung vorkapitalistischer Sozialstrukturen, die Herausbildung neuer sozialer Schichten, die Aneignung nationaler Identitäten durch neue gesellschaftliche Eliten und deren Organisierung des anti-kolonialen und anti-imperialen Widerstands sind weitere historische Faktoren, welche die Ausprägungen des post-imperialen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg determinieren. Die Folge

der vielfältigen „Wiederaneignungen“ (Schlichte 2005) des Staates war die institutionelle Verdichtung hybrider Herrschaftsformen. Alle post-imperialen Staaten des 20. Jahrhunderts beanspruchten für sich die Prinzipien bürokratischer Rationalität und einen die Idee der Volkssouveränität realisierenden Fortschrittsoptimismus. Dahingegen waren die wirklichen Machtpraktiken von Klientelbeziehungen und Patronagestrukturen geprägt, die variable Grenzen zwischen politischer und ökonomischer, zwischen öffentlicher und privater Sphäre etablierten, was vielfältige diskursive Imaginationen und Alltagsrepräsentationen von Staatlichkeit zur Folge hatte (Gupta 1995). Diese Praktiken sind vor allem Ausdruck der enormen potentiellen Machtfülle, welche der Staatsapparat und seine Ressourcen den herrschenden Eliten zur Verfügung stellen. Dies wirkt sich umso stärker aus, als in post-imperialen Kontexten zunächst dem Staat die Fähigkeit zugesprochen wird, Kollektivgüter bereitzustellen, um aus bisherigen Abhängigkeitssituationen ausbrechen zu können. Hier trennen sich jedoch die Pfade, denn in den letzten Jahrzehnten hat sich herausgestellt, dass einige Staaten mächtiger sind als andere.

Ohne einen *gesellschaftlich geglaubten* effektiven Staatsapparat bleibt die strukturelle, institutionalisierte Unsicherheit für ökonomische Akteure ein wesentliches Merkmal für nicht-westliche Spätindustrialisierer. Formelle Regeln existieren und werden politisch auch nicht angetastet, aber zur gleichen Zeit bestimmen informelle Institutionen und Praktiken die ökonomische Steuerung, womit die propagierten Normen des formellen Apparats gleichsam geschwächt werden. Alltagspolitik ist geprägt von geringen Graden bis hin zur Abwesenheit von Verantwortlichkeit politischer Eliten bei Überschreitungen formeller Regeln (Lauth 2000). Historisch gesehen lässt sich dieses Fehlen institutioneller Gewissheit auf die Prozesse ursprünglicher Akkumulation bei der Schaffung neuer, nationaler ökonomischer Felder zurückführen. Mit der Etablierung kapitalistischer Institutionen wurden neue Generationen nationaler Wirtschaftseliten geschaffen, die ihre Fähigkeiten nutzten, um weiterhin den ökonomischen Raum zu bestimmen, was oft die Umgehung formeller Regeln beinhaltete. Kommt es danach nicht zu glaubhaften Maßnahmen, um die Verflechtung zwischen politischen und ökonomischen Eliten symbolisch zu kappen, wird nicht nur die Stellung der ersten Kapitalisten, sondern werden auch die informellen ökonomischen Spielregeln, Korruption und Klientelismus, reproduziert, an die sich auch spätere politische und ökonomische Akteure halten müssen. Formelle Institutionen werden also nicht zur Richtschnur für ökonomisches Handeln, sondern personalisierte Macht- und Vertrauensformen. Je umfassender diese Personalisierung ausfällt, desto stärker sind Kapitalisten strukturell

gezwungen, sich an informellen Spielregeln des Profitmachens zu orientieren, um in Kontexten politisch generierter Unsicherheit als Marktakteure überleben zu können.

Dieser Zusammenhang erklärt auch, warum die vielfachen Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse der letzten drei Jahrzehnte eben nicht eine globale Konvergenz zu einem kapitalistischen Modell nach sich zogen. Obwohl Märkte zunehmend entbettet und politische Räume geöffnet wurden, haben sich neue wie alte Eliten nur selten an die neuen formellen Spielregeln gehalten und stattdessen weiterhin den Zugang zum Staatsapparat zur Selbstbereicherung nutzen können, um ihre Stellung im neuen ökonomischen Feld abzusichern. Entgegen klassischen *Doux-commerce*-Annahmen (Hirschman 1977), denen zu Folge Marktkräfte den politischen Prozess zivilisieren und allgemeine Wohlfahrt generieren, haben ökonomische Reformprogramme meistens den Wettstreit um stark nachgefragte Staatsressourcen verschärft, um die Transition zu Exportorientierung und Privatisierung zu überleben. Vielfach war das Ergebnis eine neue Ära ungeordneter Politik und einer Fragmentierung des politischen Feldes. Verbunden war dieser Prozess mit dem prekären Aufstieg neuer Oligarchen mit ausreichend ökonomischen Ressourcen, um den Staat zu manipulieren und Ansätze von Rechtsstaatlichkeit zu unterbinden (*state capture*). Auch in privatisierten Kontexten bleibt Politik ein Wettstreit um staatlichen Zugang, was staatliche Fähigkeiten und institutionelles Vertrauen zerstört.

Um diese Dynamiken besser fassen zu können, ist eine Spezifizierung von Staatsmacht notwendig, wofür hier Michael Manns staatstheoretische Annahmen herangezogen werden. Mit dem Ziel, die marxistisch geprägten Debatten der Zeit um die Stärke und Autonomie des Staates gegenüber Kapital und Gesellschaft zu überwinden, differenziert Mann zwischen zwei Formen staatlicher Macht: der despotischen und der infrastrukturellen. Erstere umfasst „die Handlungen, zu der Eliten ohne routinisierte, institutionelle Aushandlungen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen ermächtigt sind“ (Mann 1984: 188; Übersetzung des Autors); letztere wird definiert als „die Fähigkeit des Staates, politische Entscheidungen im Hoheitsgebiet wirklich durchzusetzen“ (ebd.: 189; Übersetzung des Autors).

Despotische Macht lässt sich mithilfe des Grades politischen Wettstreits operationalisieren. Geringe despotische Macht findet sich also in formell demokratischen Regimen mit einem institutionalisierten Mehrparteienwettstreit, durch den Staaten und Gesellschaften aneinander gebunden sind (Tilly 2007). Wahlen, die sämtliche politischen und bürokratischen Posten betreffen, werden regelmäßig abgehalten, und institutionelle Sicherungen im Regime begrenzen den repressiven Charakter des Staates. Dieser

Materialisierung des Ideals von Volksherrschaft stehen autoritäre Regime gegenüber, die hohe Grade despotischer Macht aufweisen, in denen die Repression von Rechten und Freiheiten konstitutiv für ihr Bestehen sind und in denen politischer Wettstreit und Partizipation zwar stattfinden, aber in einem viel beschränkteren Maße als in Demokratien, zumal Regime dieser Art auf andere Formen materieller und symbolischer Legitimierung zurückgreifen.

Infrastrukturelle Macht wird hier in den drei Dimensionen verstanden, wie sie Hillel Soifer (2008) veranschaulicht: *nationale Fähigkeiten*, *Gewicht* und *Reichweite*. Hohe Grade infrastruktureller staatlicher Macht umfassen also die Fähigkeit staatlicher Eliten, soziale Ressourcen wie Kapital von gesellschaftlichen Gruppen (inklusive ökonomischen Eliten) und Organisationen abzuschöpfen, um die eigene militärische und ökonomische Reproduktion abzusichern. *Gewicht* schließt die symbolisch-legitimierende Dimension von Staatlichkeit mit ein und betrifft die Fähigkeiten des Staates, politische Identitäten und Normen durch den alltäglichen Umgang mit Symbolen und Narrativen zu konstruieren, die als Verkörperung des gesellschaftlichen Willens auch anerkannt werden. *Reichweite* spielt auf die territoriale Geltungskraft dieser Herrschaftsressourcen an, die von, mit und gegen lokale Eliten erstritten wird. All diese Aspekte können in Prozessanalysen identifiziert werden, in denen der Grad der infrastrukturellen Macht durch die Interaktionen zwischen Staatseliten und anderen Trägern sozialer Macht deutlich wird, indem der Staat einen „strukturellen Effekt“ (Mitchell 1991) realisiert. Dieser Effekt bestimmt schließlich ökonomisches und soziales Handeln, durch ihn kann Vertrauen und Legitimität in den Staat als unparteiischen, übergesellschaftlichen Apparat übertragen werden.

Was nach Manns Ansatz generell in vielen Kontexten fehlt, ist ein hohes Ausmaß an infrastruktureller Macht, verstanden als die Fähigkeit des Staates, bestehende soziale Strukturen zu durchdringen, kontrollieren und neu zu organisieren.⁴ Im gesellschaftlichen Alltag werden diese Machtansprüche durch die Interaktionen mit lokalen und regionalen Machtakteuren, nationalen und subnationalen Partieliten, Oligarchen und verschiedenen sozialen Bewegungen gebrochen. Dabei stehen letztere vor dem Dilemma zu wissen, dass der Staat kein effektives Instrument zur Forcierung gesellschaftlicher Veränderungen ist, was ihre Möglichkeiten zur effektiven Veränderung der bestehenden Machtverteilung untergräbt. Ebenso bestimmt schwache

4 In ähnlicher Weise argumentiert auch Gerhard Hauck (2004), der zwischen der Akkumulations- und der Regulationsmacht von Staaten differenziert. Dabei kommt er in seiner Untersuchung postkolonialer, afrikanischer Kontexte zur Feststellung, dass es Staatsbürokratien vor allem an effektiver Regulationsmacht mangelt, weswegen sich beispielsweise in Nigeria kein bürgerlicher, sondern ein Pfründenkapitalismus herausgebildet hat.

Staatlichkeit die Anreizstrukturen für politische und bürokratische Eliten, die nur begrenzt einen Sinn darin sehen können, neue Quellen bürokratischer Rationalität aufzubauen. Diese strukturelle Herausforderung wird genauso wenig durch internationale Entwicklungszusammenarbeit und Programme zur Förderung „guter Regierungsführung“ (*good governance*) überwunden, die aufgrund ihrer offiziell unpolitischen Natur lokale Machtverhältnisse erst gar nicht antasten. Sie sind letztlich überhaupt nicht in der Lage, einen neuen strukturellen Effekt von Staatlichkeit zu bewirken, der auf Anheb die personalisierten Anreizstrukturen verändern würde. Daher geben sich die Verfechter „guter Regierungsführung“ auch mit einem stark technisierten Diskurs zufrieden, der in seiner jetzigen institutionellen Spielart genauso herrschaftsdesinteressiert ist wie in seiner vorherigen marktbasierten Ausprägung (Weaver 2008).

Aus den bisherigen konzeptionellen Ausführungen ergibt sich eine Typologie kapitalistischer Ordnungen, welche die genannten Dynamiken und Dilemmata von Herrschaftsformen im idealtypischen Sinn abbilden kann (Tab. 1).

Tab. 1: Kapitalistische Spielarten, spezifizierende Merkmale und ausgewählte Fälle

	Infrastrukturelle Macht Hoch	Infrastrukturelle Macht Niedrig
Despotische Macht Hoch	Staatskapitalismus China (seit 1979), Türkei (1923-50), Südkorea (1961-1987) Wettstreit : geordnet, gering Unsicherheit: niedrig	Patrimonialer Kapitalismus Philippinen (1972-1986), Indonesien (1965-1998), Ägypten (1971-2011) Wettstreit: ungeordnet, relativ gering Unsicherheit: hoch
Despotische Macht Niedrig	Liberaler Kapitalismus BRD, Großbritannien, Schweden Wettstreit: geordnet, hoch Unsicherheit: relativ niedrig	Oligarchischer Kapitalismus Philippinen (seit 1986), Indonesien (seit 1998) Wettstreit: ungeordnet, hoch Unsicherheit: sehr hoch

Liberaler Kapitalismus: Nicht das Ende der Geschichte

Liberalen Ordnungen haben sich bislang aus spezifisch westlichen Prozessen von Staatsbildung, bürgerlicher Ermächtigung und Demokratisierung

ergeben. Diese Entwicklung verlief nicht unilinear und brachte in der Vergangenheit auch bürokratische und patrimoniale Ordnungen hervor (Ertman 1997). Doch kapitalistische Dynamiken, Öffnungen des politischen Raumes und geopolitische Staatenkonkurrenzen hatten bis ins 20. Jahrhundert die Dominanz liberaler kapitalistischer Ökonomien zur Folge. Die institutionalisierte Absicherung von Bürgerrechten und die Ausweitung politischer Partizipation brachten es mit sich, dass kapitalistische soziale Beziehungen in den sich bildenden nationalen Räumen hegemonial werden konnten. Dennoch blieb der sich im 19. Jahrhundert abzeichnende Widerspruch zwischen formeller politischer Gleichheit und sozio-ökonomischer Ungleichheit bestehen und wurde seitdem auf verschiedene Arten und Weisen in Formen von Wohlfahrtstaatlichkeit kanalisiert, welche die sozialen Härten von Marktschaffungsprozessen abfedern und damit kapitalistische Akkumulation politisch absichern können. Während dieser Widerspruch an sich weder materiell noch diskursiv behoben werden kann, sind die erstrittenen institutionellen Lösungen dauerhaft das Ziel neuer Kämpfe zwischen alten und neuen Kapitaleigentümern, politischen Eliten und Arbeiterschichten. Hierin liegt eine wichtige Quelle nicht endenden institutionellen Wandels.

Liberalen Ordnungen sind durch die Verbindung hoher infrastruktureller Macht mit starken, organisierten kapitalistischen Gruppen und Zivilgesellschaften derzeit einzigartige Herrschaftsformationen, insofern als letztere die von politischen Autoritäten selbst zugeschriebene Differenzierung zwischen Politik und Ökonomie validieren. Nur hier gibt es einen institutionellen Rahmen, in dem soziale Gruppen den Staat zu glaubhaften Bindungen an seine Regeln zwingen können. Dazu ist der Staat nur in der Lage, weil er durch einen demokratischen Prozess aktiv in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eingebettet ist und somit die politischen Freiheiten garantiert, die von vorigen autoritären Eliten erkämpft wurden.⁵ Dennoch sind liberale Kapitalismen nicht immun gegen Herausforderungen durch institutionelle und systemische Korruption sowie durch *state capture* – Phänomene und Prozesse, die das Narrativ einer Differenzierung zwischen Politik und Ökonomie zerstören und somit die Legitimität der ökonomischen Ordnung unterwandern können. Dass diese Phänomene mehr Regel denn Ausnahme darstellen, ist auf die strukturellen Vorteile des Kapitals und der Abhängigkeit von individuellen und kollektiven politischen Akteuren zurückzuführen. Einerseits lebt der politische Wettstreit von finanziellen Zuwendungen, andererseits bleibt die allgemein anerkannte Notwendigkeit ökonomischen

5 Auf dieses Paradox westlicher Entwicklungspfade, in denen starke Staaten mit starken gesellschaftlichen Kräften koevolvieren und einander verstärken, haben Linda Weiss und John Hobson (1995: 57-58) hingewiesen.

Wachstums und der Generierung von Geld als Meta-Macht, ohne die soziale Ordnungen erst keine Differenzierungsprozesse durchmachen können, systembestimmend (Schimank 2009). Dennoch unterscheiden sich liberale von anderen kapitalistischen Ordnungen darin, dass *trotz* dieser ubiquitären Phänomene institutionelles Vertrauen in den Staatsapparat per se nicht unterminiert wird und Skandale diskursiv glaubhaft zur symbolischen Selbstreinigung genutzt werden können.

Die Dynamik allerdings bleibt bestehen. Auch wenn sich ihre formell-demokratischen Merkmale nicht radikal wandeln sollten, so entwickeln sich Regime fort und verändern sich graduell, was den Raum für neue Arten der Verteilung, Umverteilung und Legitimierung öffnet. Die zunehmende Umverteilung von unten nach oben im Zuge der Neoliberalisierung und Finanzialisierung westlicher Ökonomien in den letzten Jahrzehnten kennzeichnet einen neuen Modus von Ermächtigung durch Unternehmensoligarchen (Hacker & Pierson 2010; Winters 2011). Wie der Umgang mit der globalen Finanzkrise nach 2007 zeigt, machen auch kapitalistische Demokratien des Westens Delegitimierungsprozesse durch, die auf Entbettungsdynamiken zurückzuführen sind, wobei politische Eliten die Last der Verantwortung tragen, Auswege aus der Krise zu finden und dem Wesen des Kapitalismus neuen Sinn zu verleihen. Dabei gibt es keine letztendliche Garantie, dass die bislang einzigartige Verbindung zwischen demokratischer Herrschaft und Staatsmacht derartige Delegitimierungstrends überlebt. Ebenso wenig gibt es eine Garantie, was die hohen Grade infrastruktureller Macht betrifft. So kann beispielweise die effektive Kapazität zur Besteuerung von Kapitalisten über Zeit abnehmen, die nur zum Preis schwerer soziopolitischer Konflikte wiedererlangt werden könnte (Streeck & Mertens 2013). Dazu müssten aber die zunehmende Finanzialisierung des politischen Wettbewerbs, die Korruption und Klientelbeziehungen ermöglicht und stabilisiert, sowie die diskursive Vorherrschaft marktliberaler Ideologien überwunden werden.

Staatskapitalismus: Notwendig und zum Scheitern verurteilt?

Wenn Staatsmacht mit autoritärer Herrschaft korreliert, verfügen Eliten über außergewöhnliche Fähigkeiten, den ökonomischen Prozess zu steuern, vor allem, wenn sie bei der Durchsetzung gemeinsam geteilter Normen, Symbole und Identitäten erfolgreich sind. Eigentumsrechte und der Zugang von Firmen zu finanziellen und technologischen Ressourcen werden vom Staat gesichert und gleichzeitig wird Ordnung über die Beschränkung politischen Wettstreits hergestellt. Staatseliten setzen in dirigistischer Weise die Entwicklungsziele des Landes fest und verteilen die stark nachgefragten

Ressourcen im Sinne einer Disziplinierung von Kapitalisten. Ebenso verhindert autoritäre Politik Mobilisierungsbestrebungen der Arbeiterschichten, welche genau jene Ziele aufweichen könnten. Der Staat schafft durch seine Infrastrukturen also Profitmöglichkeiten, die Kapitalisten ohne diese Staatsinterventionen gar nicht erst erzielen könnten (Evans 1995). Ein struktureller Effekt von Staatlichkeit entsteht, der an die Erhaltung von Entwicklungserfolgen gebunden wird, welche wiederum das Fehlen von Demokratie und politischer Öffnung rechtfertigen kann. Begleitet wird dieser Effekt durch offizielle Geschichtsschreibungen, die sich über die korrupte und oligarchische Natur voriger privater Kapitalisten auslassen, mit denen das Gemeinwohl nie zu erreichen war und die mit ihrem demonstrativen Konsum und ihrem verantwortungslosen Individualismus für die bisherige Rückständigkeit verantwortlich gemacht werden können. Erst durch die Übertragung politischer und ökonomischer Verantwortung auf den Staat ließe sich in Hobbes'scher Manier Ordnung und Fortschritt, der allen Schichten zugutekomme, realisieren.

Im 20. Jahrhundert gab es zahlreiche Beispiele solcher auf fortschrittsorientierten Ideologien basierenden staatskapitalistischen Ordnungen, die je nach Erfolg von Industrialisierungsprojekten und offiziellen Sinnstiftungen Legitimität für sich beanspruchen konnten. In der Zwischenkriegsära konnten die Türkei und Brasilien erste Erfolge einer staatszentrierten Industrialisierung verzeichnen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es dann den am japanischen Beispiel orientierten ostasiatischen Entwicklungsstaaten Südkorea und Taiwan, eine autoritär geleitete Industrialisierung zu forcieren, die zum Leitbild peripherer Ausbrüche aus Abhängigkeit und Unterentwicklung geworden ist und in der das Selbstbild rationaler und am Gemeinwohl orientierter Staatsbürokraten eine besondere Aufwertung erfuhr. Das jüngste Beispiel eines erfolgreichen staatskapitalistischen Modells stellt China seit den Öffnungsprozessen der späten 1970er Jahre dar, das seit Jahren global als nachahmenswert ausstrahlt und zu einem neuen Zentrum des kapitalistischen Weltmarkts aufsteigen konnte (ten Brink 2010).

Dem Staatskapitalismus liegt jedoch eine gewisse Tragik zugrunde. Diese ergibt sich daraus, dass erfolgreiche autoritäre Eliten einerseits neue Kapitalistengruppen und kapitalistische Klassenbeziehungen generieren, die früher oder später das gesamte politische Feld, und damit auch die Basis für die Herrschaft derselben Eliten, transformieren können. Mittelschichten, Kapitalisten und Arbeiterklassen machen neue Ansprüche auf politische Beteiligung bzw. auf wirkliche soziale Anerkennung geltend, die im rigiden Autoritarismus nicht zur freien Entfaltung kommen dürfen. Hier herrscht also eine widersprüchliche Spannung vor, die Staatseliten und die Ordnung, die

sie repräsentieren, delegitimiert (Evans 1989: 576). Auf der anderen Seite machen auch politische und bürokratische Eliten aufgrund ihrer Nähe zu Kapitalgruppen einen Differenzierungsprozess durch. Sollten sie im Zuge dessen nicht mehr die Erfolge vorzeigen können, denen sie sich aufgrund der symbolischen Hoheit einer staatlichen Fortschrittsideologie verschrieben haben, werden Misserfolge und ökonomische Krisen, ob intern oder extern ausgelöst, die hierarchisch organisierten Staat-Kapital- und Staat-Arbeit-Beziehungen ebenfalls delegitimieren. Damit wäre der Weg frei für reformatorische oder revolutionäre Auswege aus dem Staatskapitalismus. Solche Transitionen weg vom autoritären münden aber kaum in ein liberal-kapitalistisches Modell, denn bislang gingen mit politischen Öffnungen stets Schwächungen staatlicher Infrastrukturen einher. Neue Formen der Korruption, der Politisierung des ökonomischen und der Finanzialisierung des politischen Feldes machen schließlich die disziplinierende Staatsmacht über Kapitalisten zunichte, welche das ursprüngliche Modell bestimmte.

Oligarchischer Kapitalismus: Fragmentierung und Delegitimierung

Die oligarchische Spielart stellt derzeit den Standardfall im globalen Süden dar, zumal mögliche Reformpfade, die aus diesem Kapitalismus herausführen sollen, nur selten Früchte tragen und die Ordnungsdilemmata nicht lösen können. Die Kombination aus geringer despotischer und infrastruktureller Macht ist dafür verantwortlich, dass demokratische Institutionen im Alltag nur mit geringer Geltungsmacht ausgestattet sind.⁶ Die formellen politischen Freiheiten und Regeln demokratischen Wettstreits werden von oligarchischen Elitenkartellen unterwandert, was zur Folge hat, dass sich keine symbolische Differenzierung zwischen politischer und ökonomischer Macht, zwischen öffentlicher und privater Sphäre einstellen kann. Systemische und Alltagskorruption florieren, ohne dass es glaubhafte Anti-Korruptions-Regularien gibt. Akteure, die gegen Regeln verstoßen, handeln also in einem Kontext fehlender Rechenschaftspflicht (*accountability*), gegen den nur sehr schwer anzugehen ist. Denn diese generalisierte Fragmentierung staatlicher Macht schwächt weltanschauliche Bindungen zwischen politischen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen, der Wettstreit bleibt meistens auf den Zugang zu Patronageressourcen und finanziellen Vorteilen beschränkt. Infolgedessen dominieren auch Volatilität, Parteiabspaltungen und -neugründungen den

6 In den Worten von Larry Diamond: „Es gibt Wahlen, aber die sind lediglich Wettstreite zwischen korrupten, klientelistischen Parteien. Es gibt Parlamente und lokale Regierungen, die aber keine breiten Anhängerschaften repräsentieren. Es gibt Verfassungen, aber keinen Konstitutionalismus“ (Diamond 2008: 38; Übersetzung des Autors).

politischen Alltag, der sogar regelmäßig in Episoden politischer Gewalt ausarten kann. Denn politische Akteure müssen ja aufgrund der ungezügelter Finanzialisierung des politischen Wettstreits und der hohen Gewinne, die aus dem Zugang zu staatlichen Institutionen und der Aneignung öffentlicher Ressourcen zu erzielen sind, Grenzüberschreitungen ihrer Gegner erwarten. Vertrauen in den Staat als solchen wiederherzustellen ist in solchen Kontexten fast nicht zu bewältigen, da alle politischen, ökonomischen und bürokratischen Eliten in Dilemmasituationen gefangen sind. Sie mögen durch personalisierte Vertrauensformen den eigenen Kontext der Unsicherheit zwar zeitweise aufheben, eine Veränderung des politischen Prozesses in Richtung einer neuen Ordnungsbildung scheint jedoch nur in revolutionären Situationen denkbar zu sein (Rothstein 2007).

Aus der dynamischen Spannung in dieser Ordnung resultiert ein genereller Delegitimierungstrend. Alltagskandalisierungen von Korruption, offensichtliche Fehlinvestitionen und die generelle Sichtbarkeit von Neumächtigen hat neben der faktischen Exklusion breiter Schichten auch deren Desillusionierung ob der fehlenden Wirkmächtigkeit politischen Handelns zur Folge. Dies öffnet den Raum für neue, populistische Formen von Anti-Politik. Rufe nach Ordnung und autoritär anmutender Stabilität werden laut, da die „Demokratie“ bislang nur in ihren Exzessen wahrgenommen wurde, die den potentiell unparteiisch operierenden Staat selbst geschwächt hat.

Patrimonialer Kapitalismus: Fragile Ordnungsstiftung

Patrimoniale Ordnungen sind zeitlich variable Auswege aus oligarchischen Dilemmasituationen. Sie können sogar als eine logische Folge oligarchischer Fragmentierungs- und Delegitimierungsprozesse betrachtet werden. Das Hauptmerkmal dieses Typus ist die enorme Zentralisierung politischer und ökonomischer Macht in den Händen einer politischen Führungsfigur (und deren Familie). Diese kreierte und zerstört Vertrauen, schafft Profitmöglichkeiten für ihre Anhänger und kann diese auch wieder zunichte machen. Über patrimonial strukturierte Verwaltungsbehörden werden elitäre Gruppen an die Herrscherperson gebunden, ebenso wie sich oligarchische Familien an den von ihr vorgegebenen Spielregeln orientieren müssen. Rationales Unternehmertum, das auf der Kalkulierbarkeit formeller Institutionen beruht, hat in diesem Typus keine Möglichkeiten zur Entfaltung (Hutchcroft 1998). Personalisierung und ritualisierte willkürliche Herrschaftspraktiken bestimmen den Alltag sämtlicher Eliten, die, je nach Wahrnehmung der patrimonialen Führungsfigur, in einem Prozess kontinuierlicher und von oben gesteuerter Elitenrotation gefangen sind (Pawelka 2002; Schlumberger 2008).

Dennoch gelten kapitalistische Spielregeln. Wachstum und Wandel finden statt, neue Unternehmergruppen entstehen, die neue Beziehungen zu transnationalen Kapitalisten und globalen Finanzorganisationen aufbauen. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen für patrimoniale Eliten, die in Transformationssituationen weiterhin sämtliche politische Macht für sich beanspruchen. Weitere Gefahren liegen in den Alltagserfahrungen von Korruption, die – anders als in oligarchischen Ordnungen – direkt mit dem illegal angehäuften Reichtum herrschender Familien verbunden wird, was vor allem in ökonomischen Krisenzeiten zu einer Gefahr für die Stabilität des Regimes wird.

Die generierte – und innerhalb von Elitennetzwerken durchaus erwünschte – politische Ordnung ist prekär, zumal sie auf den in Politik und Wirtschaft geteilten Erwartungen autoritärer Stabilität beruht. Sie wird dadurch möglich, dass patrimoniale Herrscher mit ihren Repertoires kollektives Handeln von Eliten und Gegeneliten unterbinden können, so dass weder aus Unternehmer- noch auch Arbeiterschichten ein demokratisierender Aktivismus entsteht (Bellin 2002). Kollektive Anti-Regime-Mobilisierungen sind aber möglich und können zu politischer Liberalisierung und Demokratisierung führen. Diese münden aber nicht in liberal-kapitalistische Ordnungen, da nach Episoden willkürlicher Herrschaft und einer politisierten Bürokratie die Möglichkeiten kaum gegeben sein werden, um infrastrukturelle Macht aufzubauen. Post-patrimoniale Pfade münden stattdessen meistens (wieder) in neue oligarchische Ordnungen. Beispielhaft für solche Transitionen sind die Philippinen nach 1986 und Indonesien nach 1998 zu nennen. Ebenso ist davon auszugehen, dass die Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen in der nächsten Zeit zu neuen oligarchischen Unordnungskontexten führen.

Fazit

Die Konsequenz dieser Ausführungen ist eindeutig: Sämtliche Versuche, den VoC-Ansatz auf andere Weltregionen mit divergierenden Herrschaftskontexten zu übertragen, *ohne* das analytische Gerüst um politische Faktoren wie den Staat, seine Machtformen und das gesellschaftliche Vertrauen in seine Fähigkeiten zu erweitern, sind zum Scheitern verurteilt. Im besten Fall können sie in der Tat von liberalen und koordinierten Marktökonomien abweichende institutionelle Komplementaritäten darstellen, aber auch das nur zum hohen Preis der Umgehung des Politischen als konstitutivem Moment kapitalistischer Ordnungen. Im schlimmsten Fall verfestigt sich mit ihnen eine herrschaftslose Analyse von Kapitalismen, die, sollte VoC auch jenseits der OECD-Welt hegemonial werden, sich sehr einfach dem

ökonomischen Zeitgeist unterordnen ließe und im Endeffekt die Ordnungsprobleme in Politik und Wirtschaft in weiten Teilen der Welt kognitiv gar nicht mehr erfassen kann.

Literatur

- Becker, Uwe (2012): „Measuring Change of Capitalist Varieties: Reflections on Method, Illustrations from the BRICs“. In: *New Political Economy*. DOI:10.1080/13563467.2012.717611.
- Bellin, Eva (2002): *Stalled Democracy. Capital, Labor and the Paradox of State-Sponsored Development*. Ithaca, NY.
- Berger, Peter, & Thomas Luckmann (1967): *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. New York, NY.
- Bohle, Dorothee, & Bela Greskovits (2009): „Varieties of Capitalism and Capitalism Tout Court“. In: *European Journal of Sociology*, Bd. 50, Nr. 3, S. 355-386.
- Bruff, Ian; Matthias Ebenau; Christian May & Andreas Nölke (Hg.) (2013): *Vergleichende Kapitalismusforschung. Stand, Perspektiven, Kritik*. Münster.
- Diamond, Larry (2008): „The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State“. In: *Foreign Affairs*, Nr. 87, S. 36-48.
- Drahokoupil, Jan, & Martin Myant (2013): „Institutionalismus jenseits der ‘Spielarten des Kapitalismus’: Transitionsökonomien in der Vergleichenden Kapitalismusforschung“. In: Bruff u.a. 2013, S. 86-102.
- Ebenau, Matthias (2012): „Varieties of Capitalism or Dependency? A Critique of the VoC Approach for Latin America“. In: *Competition & Change*, Bd. 16, Nr. 3, S. 206-223.
- Ebenau, Matthias (2013): „Die Globalisierung der Vergleichenden Kapitalismusforschung: ein kritischer Blick auf Stand, Probleme und Herausforderungen“. In: Bruff u.a. 2013, S. 70-84.
- Ertman, Thomas (1997): *Birth of the Leviathan. Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe*. Cambridge.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ.
- Evans, Peter (1989): „Predatory, Developmental, and Other Apparatuses. A Comparative Economy Perspective on the Third World State“. In: *Sociological Forum*, Bd. 4, Nr. 4, S. 561-587.
- Evans, Peter (1995): *Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation*. Princeton, NJ.
- Feldmann, Magnus (2007): „The Origins of Varieties of Capitalism: Lessons from Post-socialist Transitions in Estonia and Slovenia“. In: Hancké u.a. 2007a, S. 328-350.
- Gupta, Akhil (1995): „Blurred Boundaries: the Discourse of Corruption, the Culture of Politics, and the Imagined State“. In: *American Ethnologist*, Bd. 22, Nr. 2, S. 375-402.
- Hacker, Jacob, & Paul Pierson (2010): „Winner-Take-All-Politics: Public Policy, Political Organization, and the Precipitous Rise of Top Incomes in the United States“. In: *Politics & Society*, Bd. 38, Nr. 1, S. 152-204.
- Hall, Peter, & David Soskice (2001): „An Introduction to Varieties of Capitalism“. In: Hall, Peter, & David Soskice (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, S. 1-70.
- Hancké, Bob; Martin Rhodes & Mark Thatcher (Hg.) (2007a): *Beyond Varieties of Capitalism*. Oxford.
- Hancké, Bob; Martin Rhodes & Mark Thatcher (2007b): „Introduction: Beyond Varieties of Capitalism“. In: Hancké u.a. 2007a, S. 3-38.
- Hauck, Gerhard (2004): „Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 96, S. 411-427.

- Hirschman, Albert (1977): *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism Before Its Triumph*. Princeton, NJ.
- Hutchcroft, Paul (1998): *Booty Capitalism. The Politics of Banking in the Philippines*. Ithaca, NY.
- Jackson, Gregory, & Richard Deeg (2007): „Towards a More Dynamic Theory of Capitalist Variety“. In: *Socio-Economic Review*, Bd. 5, Nr. 1, S. 149-179.
- Köbller, Reinhart (2013): „Kapitalismus und Moderne“. In diesem Heft, S. 149-178.
- Lauth, Hans-Joachim (2000): „Informal Institutions and Democracy“. In: *Democratization*, Bd. 7, Nr. 4, S. 21-50.
- Mahoney, James, & Kathleen Thelen (2010): „A Theory of Gradual Institutional Change“. In: Mahoney, James, & Kathleen Thelen (Hg.): *Explaining Institutional Change*. Cambridge, S. 1-37.
- Mann, Michael (1984): „The Autonomous Power of the State: Its Origins, Mechanisms and Results“. In: *European Journal of Sociology*, Bd. 25, Nr. 2, S. 185-213.
- Migdal, Joel (2001): *State in Society. Studying How States and Societies Transform and Constitute One Another*. Cambridge.
- Mitchell, Timothy (1991): „The Limits of the State: Beyond Statist Approaches and Their Critics“. In: *American Political Science Review*, Bd. 85, Nr. 1, S. 77-96.
- Nölke, Andreas (2013): „PERIPHERIE-Stichwort Spielarten des Kapitalismus“. In diesem Heft, S. 356-359
- Nölke, Andreas, & Arjan Vliegthart (2009): „Enlarging the Varieties of Capitalism: The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe“. In: *World Politics*, Bd. 61, Nr. 4, S. 670-702.
- Pawelka, Peter (2002): „Der Staat im Vorderen Orient. Über die Demokratieresistenz in einer globalisierten Welt“. In: *Leviathan*, Bd. 30, Nr. 4, S. 431-454.
- Rothstein, Bo (2005): *Social Traps and the Problem of Trust*. Cambridge.
- Rothstein, Bo (2007): *Anti-Corruption: A Big Bang Theory*. QoG Working Paper Series, Bd. 2007/3. Göteborg.
- Schimank, Uwe (2009): „‘Vater Staat’: ein unvorhergesehenes Comeback. Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne“. In: *der moderne staat*, Bd. 2, Nr. 2, S. 249-270.
- Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt a.M..
- Schlumberger, Oliver (2008): „Structural Reform, Economic Order, and Development: Patrimonial Capitalism“. In: *Review of International Political Economy*, Bd.15, Nr. 4, S. 622-649.
- Schneider, Ben Ross (2009): „Hierarchical Market Economies and Varieties of Capitalism in Latin America“. In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 41, Nr. 3, S. 553-575.
- Schneider, Ben Ross, & Sebastian Karcher (2010): „Complementarities and Continuities in the Political Economy of Labour Markets in Latin America“. In: *Socio-Economic Review*, Bd. 8, Nr. 4, S. 623-651.
- Schneider, Ben Ross, & David Soskice (2009): „Inequality in Developed Countries and Latin America: Coordinated, Liberal and Hierarchical Systems“. In: *Economy & Society*, Bd. 38, Nr. 1, S. 17-52.
- Slater, Dan (2010): *Ordering Power. Contentious Politics and Authoritarian Leviathans in Southeast Asia*. Cambridge.
- Soifer, Hillel (2008): „State Infrastructural Power. Approaches to Conceptualization and Measurement“. In: *Studies in Comparative and International Development*, Bd. 43, Nr. 3-4, S. 231-251.
- Streeck, Wolfgang (2010): *E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 10/12. Köln.
- Streeck, Wolfgang, & Kathleen Thelen (2005): „Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies“. In: Streeck, Wolfgang, & Kathleen Thelen (Hg.): *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford, S. 1-39.

- Streeck, Wolfgang, & Daniel Mertens (2013): „Public Finance and the Decline of State Capacity in Democratic Capitalism“. In: Schäfer, Armin, & Wolfgang Streeck (Hg.): *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge, S. 25-58.
- ten Brink, Tobias (2010): *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*. MPIfG Discussion Paper 1/2010. Köln.
- Tilly, Charles (2007): *Democracy*. Cambridge.
- Uslaner, Eric (2008): *Corruption, Inequality and the Rule of Law*. Cambridge.
- Waldner, David (2004): *On the Non-Institutional Origins of the Institutional Foundations of Capitalism*. <http://people.virginia.edu/~daw4h/Waldner%20HBS.pdf>, letzter Aufruf: 9. 10. 2012.
- Weber, Max (1904 [1988]): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Tübingen.
- Weber, Max (1919 [1992]): *Politik als Beruf*. Stuttgart.
- Weaver, Catherine (2008): *Organized Hypocrisy. The World Bank and the Poverty of Reform*. Princeton, NJ.
- Weiss, Linda, & John Hobson (1995): *States and Economic Development. A Comparative Historical Analysis*. Cambridge.
- Witt, Michael (2010): *China: What Variety of Capitalism?* Insead Faculty Research & Working Paper No. 2010/88. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1695940##, letzter Aufruf: 14. 1. 2012.
- Winters, Jeffrey (2011): *Oligarchy*. Cambridge.
- Zukin, Sharon, & Paul DiMaggio (1990): „Introduction“. In: Zukin, Sharon, & Paul DiMaggio (Hg.): *Structures of Capital. The Social Organization of the Economy*. Cambridge, S. 1-38.

Anschrift des Autors:

Roy Karadag

roy.karadag@iniis.uni-bremen.de